

Wirtschaftliche Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag: Ullstein, Frensch-Zentrale Ullstein; Amt Dönhof (A 7) 3600-3667.
für den Fernverkehr Amt Dönhof 3688-3698. Telegramm-Adresse:
Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 600. Wöchentlich 1 Mark.
Monatlich 4.30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu Bestellschein

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handeltel) Dr. Carl Misch
Berlin. Anzeigen-Preis: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile
20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.
Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. Nr 383 • B 189

SONNABEND, 15. AUGUST 1931

ABEND-AUSGABE • V

Nationale Realpolitik

Im dem Telegramm, das am 22. Juli Graf von Wolf, Hilfer, Sugenberg, Graf Salferath, Biele, Lindt, Seidte und Dillinger unter der Bezeichnung, sie seien die „Führer der nationalen Opposition“, an Reichskanzler Brüning, Deutsche Reichstags, Grafen heute, Nr. 9, London 6311 gerichtet haben, liegt es, in der Jugend sei die Bewerfung derart gemacht, daß „allerorts gefährliche Gedankengänge aufsteigen“.

Offenbar ist die Jugend, von der hier gesprochen wird, gleichbedeutend mit der Anhängerenschaft der Unterzeichner jenes Telegramms, dessen Tatkraftigkeit in der ganzen Welt Aufsehen erregte. Wenn tatsächlich „gefährliche Gedankengänge“ sich ausbreiten, handelt es sich dabei nur um die natürliche Ausartung der wissenschaftlichen und politischen Berühmtheit? Oder geht hier eine Saat auf, vor der ihnen Urheber selbst allmählich bange werden müßte?

Mit weniger Ausnahmen sieht heute die ganze Welt unter dem Druck nachdrücklicher und immer weiter wachsender Schwierigkeiten. Ihre Überwindung kann nur gelingen, wenn sie mit innerer Zuversicht und mit der Bereitschaft zur Zusammenarbeit, umgeben durch irgendwelche Bindungen und Borzettel, in Angriff genommen wird. Große Teile des deutschen Volkes aber werden seit Jahr und Tag systematisch in den Glauben versetzt, daß kein Rot ein Ende hätte, wenn ein paar lakonische „Wörter“ an „Haber“ aufkommen, hinter dieser großen Errechnung, hinter dieser systematischen Sehe, die den Massenkampf von oben gegen die aufstrebenden Schichten des Volkes „amovieren“ soll, steht keinerlei politische Politik. Das Ergebnis muß sich deshalb auch negativ auswirken, in einer Verwerfung, die „allerorts gefährliche Gedankengänge aufsteigen läßt“.

Stuerchings wird in diesen Streifen das Schlagwort von der „Kretzler-Epöche“ wieder kolportiert. Kretzler: das ist das demokratische „Aufgehörte“ zwischen der Jährenherrschafft und dem Volksweltismus. Kretzler: das ist Regime Hindenburg, Brüning, Brüning. Was sind in der Tat „Gedankengänge“, die bei ununterbrochenen Weiden gefährlich wirken können. Bielefeldt auf wirken sollen. Wer die russische Nachkriegsgeschichte kennt, weiß, daß neben der Kriegesfortsetzung die Haltung der monarchistischen und reaktionären Kreise den Volksweltisten die Staatsmacht in die Hand gespielt hat. Der Aufstand des reaktionären Generals Kornilow von der Selbsthülfe in den Wäldern der obersten Regierungsauslands, der bei Wäldern gegen den Volksweltismus zerbrach. Die Stellung der russischen Sugenberg und Duercker war bezeichnendswert einfach: Wenn erledigt wird Kretzler und dann sich selbst. Um wenig Wochen später steigt wieder der Doppeldecker des zweiten Jaren über das weite Land.

Im der Praxis ist es etwas anders gekommen. Aber die Theorie hat offenbar etwas Befahrenes. Die Zusammenarbeit zum Volksweltismus, die man nachdrücklich durch vorbereitende Kampfrufe gegen den Volksweltismus in Bereitseheit zu bringen sucht, hatte eine verdrängte Bielefeldt mit dem gemeinsamen Wäldern der Extremen, die in Ausland zur Reichstags des Volksweltismus, führten.

Dieser Geist veranwortungloser Sehe äußert sich täglich neu. Die Regierung Brüning wird in der perfidien Weise angegriffen. Ihre Streifen, zur Stellung Deutschlands die internationale Zusammenarbeit zu organisieren, wird als „Verbreiten um Frankreich“ mißdeutet, und von dem Berliner „Cheques“ wird gesagt:

„Es ist nicht geradezu ein Spohn auf die deutsche Vol, wenn der französische Ministerpräsident und sein Außenminister sich ansetzen, uns in unserer eigenen Reichsaussicht als unsere Offize die Forderungen zu erfüllen, die die Ermordung für eine Deutschland entwürdigende Befähigung bilden sollen.“

Außerungen dieser Art, wie sie für die „Deutsche Schnellbrief“ für die deutschnationalen Proprietary verbreitet, können nicht mehr als gutgläubig gelten. Sie sind Sabotageakte gegen jede mögliche aufopferungsbereite Arbeit und erwecken den Eindruck, daß sie von eben jenen „gefährlichen Gedankengängen“ inspiriert sind, von denen das Sondern Sugenberg-Telegramm spricht.

Die Weisheit des deutschen Volkes ist gegen sie immun. Das hat sich aus dem 9. August ersehen gezeigt. Die Regierung Brüning braucht aber nicht nur die Unterstützung aller Bürger, die an Deutschlands Zukunft glauben, sondern auch aller Staaten der Welt, die dem Chaos gemeinsamen Aufschwung willigen entgegenbringen. Die Befähigung des Gegenbiefes

des französischen Regierungschefs ist in Berlin lebhaft bedauert worden. Nicht etwa, weil man irgendwelche Wunder von der neuen Aussprache der leitenden Staatsmänner erwartet.

Es handelt sich vielmehr um eine vernünftige Abwägung der gegenläufigen und der gemeinsamen Interessen, die nach innerer Überzeugung auf einen Renner gebracht werden

Das Baseler Provisorium

Was wird nach sechs Monaten?

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 15. AUGUST

Die in Basel verarmten Bankiers haben gestern eine Einheitsfront gegenüber ihrem Schuldner abgeschlossen, die sich auf die technische und juristische Bereinichtigung ihrer Aktion beziehen soll. Oben Wunsch die nachfolgenden deutschen Kreditlinie vom 13. Juli an in gleichen Volumen um 6 Monate verlängert werden.

Der deutsche Bankvertreter, Melchior, hat aber geltend gemacht, daß die Verlängerung zu kurz sei, daß Deutschland eine Schonfrist von mindestens zwei Jahren brauche und daß ihm das noch etwas eine Milliarde neuer Kredite gegeben werden müsse. Er folgert, wie die Pariser Presse behauptet, die Verlängerung eines Ausnahmestützungsansatzes in die Debatte geworfen haben. Der Reich der Einheitsfronten von nur 6 Monaten solle für Deutschland kaum ins Gewicht. Namentlich die neutralen Banken hätten gegen diese Opposition auf das energischste protestiert. Man hoffe aber trotzdem, daß sich die Einigung noch heute abend erzielen lasse.

Der Präsident der F. S. Z. wird von dem Stillsatz-Komitee ausgearbeiteten Bericht, dem den internationalen Bankierinnen überreicht, die ihn überfalls an die Regierungen weiterzugeben haben. Man werde dann in Genuß bei der Befürchtung oder in Berlin beim französischen Ministerbureau liegen, welche praktischen Folgerungen man weiter daraus ziehen könne.

*

Aus dem Schlußabsatz der vorliegenden Pariser Meldung geht hervor, daß es noch geraume Zeit dauern wird, ehe ein einheitliches und allseitig befriedigendes Übereinkommen über die Regelung der kurzfristigen deutschen Auslandsbank, deren Höhe man auf Grund der neuesten Schätzungen auf annähernd 7 Milliarden Mark festsetzen kann, erreicht wird. Die maßgebenden deutschen Kreise bieten diese Befähigung keine Enttäuschung, da man von vornherein mit einer langen Verhandlungsdauer gerechnet hat. Vom deutschen Standpunkt aus betrachtet, kann eine Stillhaltung auf sechs Monate nur als provisorische Lösung empfunden werden. Selbst unter der Voraussetzung, daß es gelingt, das gesamte ins Ausland geflüchtete Kapital zu erfassen und zu mobilisieren, ist es ein Ding der Unmöglichkeit, im Laufe eines halben Jahres eine so gewaltige Verfallensbank abzurufen. Auch ein weiterer deflatorischer Druck auf das Finanzsystem und ein noch fortwirkender Ertrag für die Schuldendienstleistung innerhalb von sechs Monaten nicht ermöglichen, ganz abgesehen davon, daß beide Maßnahmen die

können. Ohne jeden Optimismus, aber mit der Bereitschaft objektiver Prüfung oder Möglichkeiten erwarten wir die Fortsetzung der Aussprache, die keine einseitige Bindung bringen soll, sondern eine allseitige Befähigung.

Soll allein die nationale Realpolitik. Alles andere führt in den Nebel der Prärie und auf den Weg ins Nichts. J. E.

ausländischen Offizieren- und Warenmärkte weiter beroutieren und sich je gegen die Gläubiger selber richten würden.

Dies bedeutet natürlich nicht, daß Deutschland einen einheitlichen Prologationsvorschlag sämtlicher Gläubiger, der sich vorläufig nur auf sechs Monate erstreckt, von vornherein ablehnen müßte, sofern der provisorische Charakter allseitig anerkannt und von Deutschland nicht die bindende Erklärung verlangt wird, nach sechs Monaten die gesamten kurzfristigen Schulden zurückzuzahlen. Wenn es in der Zwischenzeit gelingt, eine so weitgehende Befähigung wieder herzustellen, daß nach Ablauf der sechsmonatigen Frist die Gläubiger von sich aus bereit sind, ihre Ausleihungen in Deutschland aufrecht zu erhalten, weil sie ihre Vertrauen zurückgenommen haben, so hätte das Provisorium seinen Zweck vollumfänglich erfüllt.

Das Gleiche gilt für den Fall, daß es gelingt, in absehbarer Zeit langfristige Ausleihungen zur Konjunkturerholung der kurzfristigen Schuld bereinzubringen. Die Ausfichten hierfür sind unter den obwaltenden Verhältnissen allerdings nicht unbedingt groß, jedoch sollte man derartigen Plänen nicht von vornherein alle Chancen abschneiden. Dies wäre genau so liberalt, wie es verfehlt wäre, an die Fortpflanzung des deutsch-französischen Meinungsunterschiedes bereits übermäßig starke Forderungen zu knüpfen.

Im zweiten, nicht minder wichtiger Gesichtspunkt für die deutsche Haltung in der Stillhaltungsfrage ist die Wahrung unbedingter Neutralität. Wenn die größten Auslandsbanken, die allein das Gros der kurzfristigen Kredite nach Deutschland gegeben haben, zur Prologation bereit sind, so wäre es eine unbedingte Benotigungsgewalt der einseitigen Banken, wollen sie die Rechte unserer Vorkriegsregierungen zur Befähigung derjenigen ausländischen Geldgeber vornehmen, die nicht zu einem ähnlichen Entgegenkommen bereit sind und auf sofortige Zurückzahlung drängen.

Wir müssen daher allen Gläubigern gegenüber einheitlich vorgehen, um uns nicht dem Vorwurf der ungerechtfertigten Bevorzugung eines Teiles der Gläubiger auszuweichen. Aus diesem Gesichtspunkt heraus muß auch die Einschränkung der Verfügungsgewalt der Ausländer über in Deutschland geflüchtete Reichsmarkentente, die einen vorteilhaften, aber doch nicht berechtigten Vorzug im Ausland hervorgerufen hat, verworfen werden. Nur so können die Ausleihungen Melchior in Basel gedeckelt werden, mer er die Möglichkeit ins Auge faßt, daß Deutschland sich eventuell zu weitgehenden Maßnahmen entschließen müßte, wenn ein vollkommener geschlossener Ring der Auslandsgläubiger nicht hergestellt wird.

Not der Hanse-Städte

Bremen macht Bilanz — Hamburg schränkt ein

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

BREMEN, 15. AUGUST

Von den Wirtschaftsführern, die wir in Deutschland in Übersee-Fälle haben, hat sich ein besonders großer Teil auf Bremen konzentriert. Die Reihe der Zusammenkünfte und Standale im ganz wenigen Wochen ist ergebnislos: die Namen Rosenthal, Schreiber, Reumann, der Rücktritt des Finanzlenkenden Bümers — der kürzigen der Schwiegermutter eines der Vahnen ist — und die Ernennung eines Prüfungsausschusses für die

Staatsauspflüsse, an dem sämtliche Parteien von ganz rechts und ganz links beteiligt sind, liegen genau.

Bremen stellt jetzt die Rede für eine allzu mögliche Expansionsspolitik, bei der die typische Konzentration gegenüber Hamburg eine Rolle spielt. Man gab der Wirtschaft ohne große Bedenken Kredite und verband sich so mit ihrem Risiko, während man auf der anderen Seite in weitaus höherem Maß in Hamburg Auslandsbankschulden aufnahm, zu deren Stillzahlung jetzt die Mittel fehlen. Dazu kamen die großen eigenen Investitionen des Bremer Bankens — das hat man z. B. in den letzten Jahren annähernd 70 Millionen